

# Antrag

**Initiator\*innen:** Aminata Touré (KV Neumünster)

**Titel:** **Der Herbst der Reformen darf kein Herbst der sozialen Kälte werden!**

---

## Antragstext

1 **Der Herbst der Reformen darf kein Herbst der sozialen Kälte werden!**

2 Die Bundesregierung hat einen „Herbst der Reformen“ angekündigt, der im Kern  
3 beinhaltet, dass Sozialausgaben gekürzt werden sollen. Im Fokus steht hierbei  
4 vor allem das Bürgergeld. Damit möchte die schwarz-rote Bundesregierung das  
5 Haushaltsloch für das kommende Haushaltsjahr in Höhe von rund 30 Mrd. € stopfen.  
6 Die Vorstellung der Bundesregierung lautet, damit Einsparungen in Höhe von  
7 mindestens 5 Mrd. € zu erzielen, was inzwischen schon wieder auf unter 1 Mrd.  
8 korrigiert wurde. Wir halten diese politische Schwerpunktsetzung für falsch,  
9 denn sie löst weder das Problem des Bundeshaushalts, noch ist es inhaltlich  
10 zielführend – im Gegenteil - wir halten diese Form der dadurch erzielten  
11 sozialen Spaltung für politischen Unfug und brandgefährlich!

12 Aber auch im Hinblick auf andere Sozialleistungen klingt es oft so, als solle  
13 dem Sozialstaat die Axt angelegt werden. Der Bundeskanzler behauptet, dass wir  
14 uns den Sozialstaat in seiner jetzigen Form nicht leisten können. Allerdings  
15 wird nicht weiter formuliert, was genau wir uns nicht leisten können und wo  
16 konkret, über das Bürgergeld hinaus, Einsparungen erfolgen sollen. Gleichzeitig  
17 werden Vorschläge, die Einnahmesituation der Sozialversicherungen oder des  
18 Staates zu verbessern oft reflexartig abgelehnt. Der sozialdemokratische Anteil  
19 der Bundesregierung beharrt auf alte Strukturen, ohne zukunftsorientierte  
20 Vorschläge zu machen, die gerade auch jüngere Generationen mitdenkt. Bis auf  
21 Kommissionen und markigen Sprüchen, fehlt es an konkreten Umsetzungsvorschlägen.

22 Wir sind in Zeiten großer gesellschaftlicher Verunsicherung, die erfordern, dass

23 politische Verantwortungsträger\*innen keine Ängste schüren, sondern Sicherheit  
24 geben. In diesem Selbstverständnis führen wir als **BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN**  
25 **Schleswig-Holstein** diese Debatte.

26 Dass unsere sozialen Sicherungssysteme reformbedürftig sind, erkennen wir an.  
27 Uns geht es hierbei aber nicht ausschließlich um kostendämpfende Maßnahmen  
28 innerhalb der bestehenden Strukturen, sondern auch um eine Verbesserung und eine  
29 echte Reform im Sinne derer, die auf unsere sozialen Sicherungssysteme  
30 angewiesen sind. Ein reiches Land wie Deutschland muss sich einen gut  
31 ausgestatteten Sozialstaat leisten!

32 **BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein** bekennt sich zu einem starken  
33 Sozialstaat. Dieser ist nicht nur verfassungsrechtlich festgeschrieben, er ist  
34 für uns geboten und der Grundpfeiler einer liberalen und wehrhaften Demokratie,  
35 der die Schwächsten in unserer Gesellschaft schützen soll!

36 Daraus ergibt sich für uns ein Handlungsbedarf der folgende Themenbereiche  
37 umfasst:

### 38 **1. Recht auf Teilhabe für Menschen mit Behinderung**

39 Der Bund muss sich an den **Kosten und den Kostensteigerungen der**  
40 **Eingliederungshilfe beteiligen**, damit Länder und Kommunen die Ziele des  
41 Bundesteilhabegesetzes tatsächlich umsetzen können. Die steigenden finanziellen  
42 Belastungen müssen gemeinsam gestemmt werden. Zudem ist der Bund gefragt,  
43 bürokratische Strukturen zu vereinfachen, um auf allen Ebenen schlankere  
44 Strukturen zu ermöglichen. Wir wollen sicherstellen, dass Menschen mit  
45 Behinderung und Beeinträchtigung auch in Zukunft die Unterstützung bekommen, die  
46 ihnen zusteht. Die Eingliederungshilfe betrachten wir nicht als Kostenfaktor,  
47 sondern als ein Werkzeug, mit dem sichergestellt wird, dass alle Menschen  
48 gleichberechtigt an unserer Gesellschaft teilnehmen können.

49 Wir bekennen uns zu den Angeboten der Werkstätten und sind uns im Klaren  
50 darüber, dass es viele Menschen gibt, die dort arbeiten wollen. Allerdings gibt  
51 es auch viele Menschen, die eine Chance auf Zugang zum ersten Arbeitsmarkt haben  
52 wollen und denen hierbei rechtliche und praktische Rahmenbedingungen im Weg  
53 stehen. Deshalb braucht es eine **Reformierung des Werkstättenrechts**, um diese  
54 Möglichkeiten auszuschöpfen.

### 55 **2. Ein generationengerechtes Rentensystem**

56 Während 1960 noch sechs Beitragszahler\*innen auf eine\*n Rentner\*in kam, sind es

57 heute zwei Beitragszahler\*innen. Das bedeutet, dass sich nicht nur unsere  
58 Gesellschaft rapide verändert hat, sondern ein generationengerechtes  
59 Rentensystem nur möglich ist, wenn es die Herausforderungen der jeweiligen  
60 Generationen im Blick hat und auf sie reagiert. Die Zementierung des  
61 Rentenniveaus auf 48 Prozent ohne einen Vorschlag für die Gegenfinanzierung, ist  
62 kein zukunftsfestes Rentensystem. Ohne grundlegende Reformen wie die  
63 **Einbeziehung weiterer Beitragszahler\*innen und eine Stärkung der**  
64 **kapitalgedeckten Altersvorsorge für alle**, drohen die Lohnnebenkosten künftig  
65 Arbeitnehmer\*innen und Arbeitgebende zu erdrücken und Arbeit unattraktiv zu  
66 machen.

### 67 **3. Reform der sozialen Pflegeversicherung**

68 Wir brauchen eine **generationengerechte** Reform der sozialen Pflegeversicherung.  
69 Dazu ist es notwendig, dass der Bund sich mit folgenden Themen auseinandersetzt:

- 70 • Eine **Umgestaltung der Finanzierung** ist dringend nötig. Für uns gilt der  
71 Grundsatz: **Entbürokratisierung vor Leistungskürzung**. Wir brauchen eine  
72 Entlastung der Pflegekassen. **Versicherungsfremde Leistungen** wie die  
73 Coronamehrkosten, Ausbildungskosten oder die Absicherung von pflegenden  
74 Angehörigen müssen aus dem Bundeshaushalt finanziert werden. Für die  
75 steigenden Eigenanteile in der stationären Pflege fordern wir einen  
76 **Kostendeckel pro Pflegeplatz**. Die Eigenanteile sind inzwischen ins  
77 Unermessliche geschossen. Das ist für Pflegebedürftige und ihre  
78 Angehörigen nicht mehr leistbar.
  
- 79 • Der volkswirtschaftliche Wert durch unbezahlte Pflege von pflegenden  
80 Angehörigen wird in Deutschland auf 206 Mrd. Euro jährlich geschätzt. Die  
81 **Entlastung und Unterstützung von pflegenden Angehörigen** müssen in der  
82 Reform im Fokus stehen.
  
- 83 • Wir brauchen außerdem eine bessere und **gesetzlich verankerte Steuerung der**  
84 **pflegerischen Versorgung durch die Kommunen**. Sie müssen für die Erstellung  
85 abgestimmter Konzepte der Quartierspflege, Pflegedienstleistungen und für  
86 Pflegenden Angehörige befähigt werden – und der Bund muss den Kommunen  
87 diesen Mehraufwand bezahlen.
  
- 88 • Um Pflegebedürftigkeit möglichst zu verhindern und Verläufe abzumildern,  
89 muss schon frühzeitig mit **Prävention begonnen und auch vermehrt**

rehabilitative Pflege angeboten werden.

## 5. Gesetzliche Krankenversicherung

Zur kurzfristigen Stabilisierung braucht es wie in der sozialen Pflegeversicherung eine **Übernahme versicherungsfremder Leistungen durch den Bundeshaushalt**, um das Solidarsystem zu stabilisieren. Mittelfristig müssen die größten finanziellen Hebel bewegt werden durch **konsequente Gesundheitsförderung auf Basis eines novellierten Präventionsgesetzes, flächendeckende Digitalisierung und Entbürokratisierung** samt einer Reduktion des Verwaltungsapparats.

Langfristig bedarf es der **Überführung von Sozialer und Gesetzlicher Krankenversicherung in eine Grundversicherung**, in die alle Menschen unabhängig von Einkommensart einzahlen. Menschen mit niedrigen Einkommen zahlen heute einen deutlich höheren Anteil ihres Einkommens für unser Solidarsystem als Menschen mit hohem Einkommen. Diesen Umstand wollen wir durch eine umfassende Reform entgegenwirken, um ihnen mehr Netto vom Brutto zu lassen.

## 4. KiTa-Garantie

**Nicht jedes Kind in Schleswig-Holstein hat einen KiTa-Platz** und das, obwohl wir so viel Geld für KiTa ausgeben wie noch nie. **Rund 1,8 Mrd. Euro werden in Schleswig-Holstein im Jahr 2025 für die Kleinsten ausgegeben**. Dabei trägt das Land mit ca. 42% den größten Anteil in Höhe von 758 Mio. €, die Kommunen mit etwa 37 % den zweitgrößten und die Eltern finanzieren mit ihrem gedeckelten Anteil den restlichen Anteil von aktuell ca. 21%.

Wir wissen, dass es eine Diskrepanz zwischen bildungsnahen vs. bildungsfernen, migrantischen vs. nicht-migrantischen, einkommensschwachen vs. einkommensstarken Familien gibt, wenn es darum geht, wer eine KiTa besucht. Ein konkretes Beispiel: **Laut statistischem Bundesamt liegt die Betreuungsquote der Drei- bis Sechsjährigen bei Kindern ohne Migrationshintergrund bei 103%, bei Kindern mit Migrationshintergrund hingegen nur bei 60%.**

Das führt zu unterschiedlichen Startbedingungen bei Kindern zu Schulbeginn und mit Blick auf spätere berufliche Chancen. **Wir wollen einen Weg aufzeigen, der die Platzkapazitäten erhöht und Kindern und Familien ermöglicht, die frühkindliche Bildung und Unterstützung zu erfahren, die sie brauchen.** Wir sprechen uns gegen eine KiTa-Pflicht aus, denn wir sehen keinen Sinn darin, eine Pflicht zu formulieren, wenn wir als Staat noch nicht ausreichend Kapazitäten bereitstellen. **Wir wollen eine KiTa-Garantie!**

125 Wir können und wollen uns nicht damit zufriedengeben, dass nicht jedes Kind die  
126 frühkindliche Bildung erfährt, die es benötigt. Wir wollen deshalb die  
127 **Betreuungsquote im Bereich der über Drei-Jährigen spürbar erhöhen** und jetzt ist  
128 ein genau der richtige Zeitpunkt. Die rückläufigen Kinderzahlen bedeuten  
129 freiwerdende Ressourcen, die unbedingt in die Stabilisierung des Systems  
130 investiert werden müssen durch einen Platzausbau und in gute Arbeitsbedingungen  
131 für Fachkräfte!

132 Wir dürfen nicht den Fehler machen, dass vor Ort oder im Land mit weniger  
133 Ressourcen geplant wird, wenn noch rund **10 Prozent der über Drei-Jährigen Kinder**  
134 **keinen KiTa-Platz haben.**

135 Deshalb setzen wir uns für ein **KiTa-Garantie-Programm für die Kommunen** ein. Mit  
136 diesem Programm sollen diejenigen Kinder einen KiTa-Platz bekommen, **die noch**  
137 **keinen haben und gerade in sozial herausfordernden Gegenden leben. Deshalb**  
138 **wollen wir uns auf Landesebene, so wie auf kommunaler Ebene dafür einsetzen,**  
139 **dass bestehende KiTa-Mittel erhalten und gezielt für Kinder ohne KiTa-Platz**  
140 **genutzt werden.**

141  
142 **Die Kommunen müssen bei der Ausgestaltung einbezogen werden. Bei der KiTa-**  
143 **Garantie dürfen keine zusätzlichen Kosten entstehen, abseits der Kosten, die**  
144 **durch eine höhere Betreuungsquote automatisch vor Ort entstehen.**

145 Die Mittel sollen vor allem für zusätzliches Personal und zusätzliche Maßnahmen  
146 genutzt werden, um die Betreuungsquote zu erhöhen.

## 147 **5. Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten stärken**

148 Wir bekennen uns zu einer vielfältigen Gesellschaft, die in der Migration nicht  
149 nur Probleme sieht, sondern Möglichkeiten für Menschen mit Migrationsgeschichte  
150 selbst und für unsere schleswig-holsteinische Wirtschaft. Wir möchten, dass  
151 Menschen von Tag eins an, als ab Ankunft die Möglichkeit haben ihren eigenen  
152 Lebensunterhalt durch eigene Arbeit oder Ausbildung zu verdienen. Dafür braucht  
153 es gute Ankommensinfrastruktur in Land und Kommunen, die verzahnt sind und eine  
154 feste Kooperation mit der schleswig-holsteinischen Wirtschaft mit dem Land für  
155 Jobperspektiven für Geflüchtete. Wir wollen, dass das neu eingeführte  
156 **Screeningverfahren der Kompetenzen von Geflüchteten in den**  
157 **Erstaufnahmeeinrichtungen**, damit sie schneller und besser ankommen, zum neuen  
158 **Standard für Schleswig-Holstein** wird. Wir wollen außerdem, dass die Verfahren  
159 zur Anerkennung von bereits erworbenen Qualifikationen entbürokratisiert und  
160 vereinfacht werden, um Menschen schneller in Jobs zu bringen, für die sie  
161 bereits ausgebildet sind.

## 162 **6. Wohnraum schaffen – Mieter\*innen schützen**

163 Einer der großen Krisen unserer Zeit ist, dass Mieten zu teuer sind, Nebenkosten  
164 steigen und viele Menschen keinen passenden Wohnraum finden. **Wir brauchen mehr**  
165 **Wohnraum für junge Menschen, einkommensschwache Personen und junge Menschen in**  
166 **Ausbildung oder Studium.** Und wir müssen Mieter\*innen schützen. Mit dem  
167 **Wohnraumschutzgesetz** in Schleswig-Holstein haben wir es als Grüne geschafft ein  
168 Instrument einzuführen, dass vor allem die Rechte der Mieter\*innen schützen  
169 soll. Allerdings reicht es in seiner derzeitigen Ausgestaltung nicht aus. Damit  
170 das Instrument noch besser greift, muss es bei geeigneten Fällen im ganzen Land  
171 angewendet und für Mieter\*innen selbst konkret nutzbar gemacht werden. Deshalb  
172 wollen wir dieses Instrument erweitern und weiterentwickeln zusammen mit  
173 Expert\*innen rund um das Thema Mieten und Wohnen, um in Vorbereitung unseres  
174 Wahlprogramms einen Schwerpunkt auf dieses Thema zu richten. Die hohe Förderung  
175 des sozialen Wohnungsbaus muss beibehalten werden! In dieser Wahlperiode ist es  
176 bereits gelungen, die **Kappungsgrenzenverordnung wieder einzuführen**, um  
177 unverhältnismäßige Mieterhöhungen in bestehenden Mietverhältnissen zu  
178 verhindern. Als Nächstes setzen wir uns dafür ein, auch die **Mietpreisbremse**  
179 **erneut einzuführen**, um Mieterhöhungen bei Mieter\*innenwechsel zu regulieren.  
180 **Kommunale Wohnungsbaugesellschaften möchten wir gezielt unterstützen**, damit  
181 Wohnraum dort entsteht, wo er gebraucht wird. Der Wohnungsmarkt braucht  
182 Regulierung, denn nur das Credo "Bauen, Bauen, Bauen" wird das  
183 Verteilungsproblem nicht lösen!

## 184 **7. Vermögen und Erbschaften besteuern – Gerechtigkeit herstellen**

185 Während die Ausgaben und Aufgaben des Staates steigen, wird auf der  
186 Einnahmeseite lediglich auf Wirtschaftswachstum gesetzt. Trotz vollmundiger  
187 Ankündigungen und einem Riesen-Kreditrahmen bleibt die neue Regierung weit  
188 hinter den Wachstumsversprechen zurück. Deshalb muss die Einnahmeseite gestärkt  
189 werden.

190 In Deutschland haben wir eine verhältnismäßig hohe Besteuerung von Einkommen.  
191 Beim Vermögen hingegen nicht. **Gerade eine Vermögenssteuer und eine wirksame**  
192 **Erbschaftssteuer würden den Ländern zugutekommen und die Vermögensungleichheit**  
193 **in Deutschland entgegenwirken.** Unser Grundgesetz sieht eine Vermögenssteuer vor,  
194 sie ist derzeit nur ausgesetzt. Die Zeit ist längst überfällig: Wir wollen  
195 wieder eine gerechte Vermögenssteuer einführen. Hierbei geht es nicht darum,  
196 Betriebe zu gefährden oder den hart erarbeiteten Besitz von einzelnen Personen.  
197 Wir wollen, dass Milliardäre ihren fairen Anteil zahlen und sich Menschen, die  
198 zig Millionen Euro herumliegen haben, ihrer gesellschaftlichen Verantwortung  
199 stellen. Hierzu muss auch die Erbschaftssteuer reformiert werden, um auch die  
200 Superreichen zu erreichen.

201 Darüber hinaus müssen auch hohe Kapitalerträge bei den  
202 Sozialversicherungsausgaben mitgedacht werden. Das wäre ein wichtiger  
203 Reformschritt bei der Stabilisierung unserer Sicherungssysteme – und ein Beitrag  
204 für mehr Gerechtigkeit im Land.

### **Unterstützer\*innen**

Jasper Balke (KV Lübeck), Sophia Marie Pott (KV Lübeck), Uta Röpcke (KV Herzogtum Lauenburg), Lasse Petersdotter (KV Kiel), Silke Schiller-Tobies (KV Kiel), Anke Erdmann (KV Kiel), Steffen Regis (KV Kiel), Johannes Albig (KV Kiel), Gazi Freitag (KV Plön), Kai Hergert (KV Herzogtum Lauenburg), Malte Krüger (KV Steinburg), Erika von Kalben (KV Pinneberg), Kevin Skrzypczak (KV Kiel), Nadine Mai (KV Pinneberg), Svea Balzer (KV Kiel), Jessica Leutert (KV Kiel), Georg Wilkens (KV Rendsburg-Eckernförde), Nelly Waldeck (KV Kiel), Catharina Johanna Nies (KV Flensburg), Marlene Langholz-Kaiser (KV Flensburg), Luca Köpping (KV Kiel), Carsten Nielsen (KV Flensburg), Silke Backsen (KV Nordfriesland), Jasmin Moreau (KV Herzogtum Lauenburg), Martin Kolanus (KV Herzogtum Lauenburg), Christoph Fischer (KV Segeberg), Bina Braun (KV Herzogtum Lauenburg), Mathias Schmitz (KV Pinneberg), Juliane Michel (KV Neumünster), Zoé Engel (KV Lübeck), Silke Schneider (KV Lübeck), Lydia Rudow (KV Kiel), Stefan Lansberg (KV Plön), Birgit Ott (KV Kiel), Sylvia Fischer (KV Lübeck), Rasmus Andresen (KV Flensburg), Oliver Brandt (KV Herzogtum Lauenburg), Denise Loop (KV Dithmarschen), Lukas Unger (KV Pinneberg), Frederic Meyer (KV Kiel), Reimo Schaaf (KV Ostholstein), Leon Martin (KV Kiel), Katrin Stange (KV Pinneberg), Annette Granzin (KV Ostholstein), Gabriele Braune (KV Ostholstein), Hildegard Bedarff (KV Pinneberg), Scarlett Schmit (KV Steinburg), Lukas Reithofer (KV Kiel), Ann Christin Hahn (KV Pinneberg), Angela Tsagkalidis (KV Stormarn), Hans-Peter Hopp (KV Ostholstein), Janine Mehlhorn (KV Lübeck), Lino Weiss (KV Kiel), Adrian Grimm (KV Kiel), Esther Drewsen (KV Nordfriesland), Lasse Bombien (KV Rendsburg-Eckernförde)